

BZ-PODIUM

„Es ist die Kehrseite der Hochleistungsmedizin“

KINDERHEILKUNDE IM DIALOG: Eine stark besuchte Podiumsdiskussion von BZ und Kinderklinik zum Thema „Wenn Kinder nicht mehr lange zu leben haben“

Es geht nicht immer gut aus: Zum breiten Spektrum der modernen Kinderheilkunde gehört es auch, junge Patienten mit lebensverkürzenden Erkrankungen manchmal über lange Zeit bis in den Tod zu begleiten und die Familien auf ihrem schweren Weg zu unterstützen. Erstaunlich viele Menschen ließen sich am Dienstag im bis auf den letzten Platz besetzten BZ-Museum auf die zweite Veranstaltung im Rahmen einer Podiumsreihe von BZ und der Initiative für eine neue Kinderklinik in Freiburg ein: „Wenn Kinder nicht mehr lange zu leben haben“.

Mahmoud hatte keine Chance: Schon im Mutterleib waren mehrere Knochen gebrochen. Das geistig normal entwickelte Kind irakischer Flüchtlinge wurde mit der Glasknochenkrankheit geboren und starb nach wenigen Monaten. Sabrina hingegen lernte laufen, Roller fahren, schwimmen. Und hat dann doch aufgrund einer schon früh diagnostizierten neurodegenerativen Erkrankung alle Fähigkeiten wieder verloren. Die heute 14-Jährige ist, wie ihre Mutter Uta Roser erzählt, „hilflos wie ein Baby“: Sie kann nicht mehr sitzen, stehen oder laufen, wird seit drei Jahren wegen ihrer Schluckstörungen über eine Magensonde ernährt und leidet unter epileptischen Anfällen. Sie braucht Pflege rund um die Uhr.

„Es ist die Kehrseite der modernen Hochleistungsmedizin“, sagt Miriam van Buiren, „dass mehr Kinder lange mit schweren unheilbaren Erkrankungen leben.“ Die Oberärztin am Zentrum für Kinder- und Jugendmedizin leitet die ambulante Palliativversorgung. In ganz Südbaden sind sie und ihr Team unterwegs, um Kindern und Jugendlichen wie Sabrina und deren Familien in der Zeit, die ihnen bleibt, zu so viel Lebensqualität wie mög-



Die Diskutanten (von links): Michael Weeber, Verena Berg-Oestringer, Moderator Stefan Hupka, Uta Roser und Miriam van Buiren

FOTO: THOMAS KUNZ

lich zu verhelfen: Schmerzen lindern, die Pflege koordinieren, die Eltern beraten und die Geschwister im Blick behalten, damit sie sich nicht vernachlässigt fühlen. Mahmoud, zum Beispiel, konnte so „nach Hause“ ins Flüchtlingsheim entlassen werden, wo seine Schmerzen behandelt wurden. Sein Leiden sollte, so das Ergebnis einer ethischen Fallbesprechung, aber nicht mit künstlicher Beatmung verlängert werden. Es war absehbar, dass er früh an Ateminsuffizienz sterben würde.

Aber anders als bei Erwachsenen am Lebensende ist der kindliche Organismus widerstandsfähig. Es kann dauern, bis er stirbt. Auch bei Mahmoud sorgte erst ein Atemwegsinfekt dafür, dass sein Leben endete. Michael Weeber, niedergelasse-

ner Kinderarzt aus Waldkirch, ist froh, dass Sterbehilfe bei Kindern in Deutschland nicht zur Diskussion steht. Mit der flächendeckenden ambulanten Palliativversorgung für sie in Baden-Württemberg wurde 2016 eine von ihm und seinen Kollegen schmerzlich wahrgenommene Lücke geschlossen.

Fünf hochspezialisierte, an den Zentren für Kinder- und Jugendmedizin angesiedelte Teams sorgen für die Betreuung von geschätzt 400 unheilbar erkrankten Kindern und Jugendlichen und ihren Familien, unterstützt von Pflegediensten, Kinderärzten oder den ehrenamtlichen Mitarbeitern des ambulanten Kinder- und Jugendhospizdienstes der Malteser. Verena Berg-Oestringer als deren Koordinatorin will sie – anders als von BZ-Chefreporter Stefan Hupka als Moderator gemutmaßt – nicht als Lückenbüßer verstanden wissen. „Die Hospizbewegung ist eine Bürgerbewegung, die das aus Überzeugung tut.“

Sabrinas Familie allerdings kommt mittlerweile an ihre Grenzen: Es wird immer schwieriger, mal mit dem älteren Bruder allein Urlaub zu machen. Eigentlich hat Sabrina Anspruch auf eine Kurzzeitpflegeeinrichtung. Aber dafür, sagt Uta Roser, sei ihre Pflege inzwischen zu aufwändig. Als einzig passende Entlastung käme nur noch ein stationäres Kinderhospiz in Frage. Nicht als ein Ort zum Sterben für Sabrina, sondern als einer, an dem auch die Eltern und Geschwister mal

zum Atemholen kommen und für jeden gesorgt ist. Aber von den vierzehn stationären Kinderhospizen in Deutschland liegt keines in Baden. Ein Verein kämpft dafür, dass auch diese Lücke geschlossen wird.

Anita Rüffer

Die Podiumsreihe „Kinderheilkunde im Dialog“ wird in lockerer Folge fortgesetzt. Nächster Termin: 23. Januar 2018. Die „Initiative für unsere Kinder- und Jugendklinik Freiburg“ freut sich über Spenden.

➔ Weitere Infos unter:
www.initiative-kinderklinik.de
Förderverein stationäres Kinder- und Jugendhospiz Baden:
www.kinderhospiz-baden.org

FLÜCHTLINGSPOLITIK

Also bleibt alles, wie es war

Zu: „Union einigt sich beim Zuzug“, Agenturbeitrag (Politik, 9. Oktober):

Endlich hat man sich geeinigt – das meint zumindest der morgendliche Zeitungsleser. Doch dann, beim sogenannten Kleingedruckten, welcher Hohn: Auch nach Erreichen des Vereinbarten wird niemand an deutschen Grenzen abgewiesen, so Bundeskanzlerin Angela Merkel. Ach so – also bleibt alles, wie es war!? Für wie dämlich wird das Volk denn eigentlich gehalten? Vera Hochuli, Gundelfingen

EINHEIT

Diese abwertenden Zuschreibungen sind leider wenig hilfreich

Zu: „Deutschland wächst in Minischritten zusammen“, Agenturbeitrag (Politik, 2. Oktober):

Die DDR nur eine SED-Diktatur? Es trübt mich, wenn in Zeitungsmeldungen dann von „SED-Diktatur“ oder überhaupt von einer Diktatur gesprochen wird, wenn die ehemalige DDR gemeint ist. Im Zusammenhang mit Themen über die deutsche Einheit und darüber, wie schwierig es ist und war, dass die Deutschen in West und Ost „zusammen wuchsen“, ist diese Charakterisierung wenig hilfreich. Die „Minischritte“, mit denen

eine entsprechende Analyse in der Badischen Zeitung überschrieben ist, haben durchaus auch ihre Ursachen in derartigen abwertenden Zuschreibungen.

Meine zahlreichen Begegnungen mit ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern der DDR erlauben mir den Schluss, dass derartige gleichsam diskriminierende Zuschreibungen wie SED-Diktatur anstelle der korrekten Bezeichnung Deutsche Demokratische Republik am Selbstverständnis vieler Bürgerinnen und Bürger dieses Staates nagen.

Auf westdeutscher Seite wäre es im Interesse eines besseren Integrationspro-

zesses durchaus zweckmäßiger gewesen, die positiven Seiten des ehemaligen anderen deutschen Staates, seiner politischen Verfassung, seiner Wirtschaft und Kultur in den Mittelpunkt von Vergleichen zu stellen und zugleich und stets auf die Ursachen der deutschen Teilung hinzuweisen.

Zu denken ist zum Beispiel etwa daran, dass beide politischen Systeme, in der BRD das einer westlichen Demokratie und in der DDR eine sozialistische Demokratie, nach dem Zweiten Weltkrieg einst von den Siegermächten eingerichtet wurden. Joachim Rumpf, Görwihl

KATALONIEN

Ist es nicht ein europäischer Irrweg?

Zu: „Rajoy bleibt im Konflikt mit Katalonien hart“, Agenturbeitrag (Politik, 9. Oktober):

Der Ausweg liegt in größerer Autonomie und finanzieller Selbstbestimmung Kataloniens. Gleichzeitig ist zu fragen, ob nicht der Weg zu mehr Vereinheitlichung von nationalen Standards sowie zur Harmonisierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik à la Macron ein europäischer Irrweg ist, der Bestrebungen nach Selbstständigkeit der Regionen innerhalb Europas befeuert. Hans Hardenberg, Freiburg

BRIEFE AN DIE BZ

Wir freuen uns über alle Zuschriften und lesen jede sorgfältig, auch wenn wir sie nicht beantworten können. Von den vielen Briefen, die uns erreichen, können wir leider nur einen Teil veröffentlichen. Damit möglichst viele Leser zu Wort kommen, sind wir häufig gezwungen zu kürzen. Ihr Einverständnis unterstellt, behalten wir uns zudem vor, Leserbriefe online zu veröffentlichen. So erreichen Sie uns:

Forum Badische Zeitung
Maikka Kost
Assistenz: Silvia Buteweg
☎ 0761/496-5037
Fax: 0761/496-5039
Mail: forum@badische-zeitung.de
Postfach 280, 79002 Freiburg

Anonyme Briefe veröffentlichen wir nicht. Bitte geben Sie neben Ihrer Anschrift und Telefonnummer auch Titel, Seite und Datum des Beitrags an, auf den Sie sich beziehen. Die Zuschrift per E-Mail erspart die nochmalige Erfassung. Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

MEDIZINSTUDIUM

Kein Zeugnis ist Garant für Erfolg

Zu: „Sehr gutes Abitur – sehr guter Arzt?“, Beitrag von Christian Rath (Politik, 5. Oktober):

Für Abiturienten, die Medizin studieren wollen, soll in Zukunft nicht mehr nur das Abiturzeugnis mit der Note 1,0 maßgeblich sein, sondern die geprüfte Sozialkompetenz des zukünftigen Arztes. Das ist das Ende für alle Zeugnisse. Kein Zeugnis – gleich in welchem Fach – ist Garant für Erfolg. Also in Zukunft keine Prüfungen und Zeugnisse mehr! Natürlich kann eine erfolgreiche oder erfolglose Prüfung eine Fehlentscheidung sein, weil die Prüfer die Genialität des Prüflings nicht erkannt haben oder weil die Prüfer sich haben täuschen lassen, aber damit musste man zu allen Zeiten leben und wird man auch in Zukunft bei Prüfung der Sozialkompetenz leben müssen. Nach jeder bestandenen oder nicht bestandenen Prüfung kann der Geprüfte sich unterschiedlich weiter entwickeln, zum Guten oder Schlechten. Ludwig Döring, Ettenheim-Münchweiler

HEIMAT

Der Begriff wird missbraucht

Zu: „Kein Kampfbegriff“, Leitartikel von Katja Bauer (Politik, 7. Oktober):

Kein Kampfbegriff? Leider doch! Konservative und Rechte missbrauchen den Begriff „Heimat“ seit jeher zur Diffamierung ihrer politischen Gegner. Kaiser Wilhelm beschimpfte die Sozialdemokraten als „vaterlandslose Gesellen“, und Herr Gauland samt seinen Spießgesellen will sich „unser Land zurückholen“. Der deutsche Jude Kurt Tucholsky, der vor den Nazibarbaren ins schwedische Exil flüchten musste und sich dort das Leben nahm, hat den völkischen Hetzern 1929 die passende Antwort gegeben: „Im Patriotismus lassen wir uns von jedem übertreffen – wir fühlen international. In der Heimatliebe von niemand, nicht einmal von jenen, auf deren Namen das Land grundbuchlich eingetragen ist. Unser ist es!“ Die demokratische und freiheitliche Mehrheit der Bundesrepublik sollte sich die Heimat von den ewig Gestrigen nicht rauben lassen. Michael Rux, Freiburg

FAMILIE AMETOVIC

Das ist zutiefst inhuman

Zu: „Das sind unmenschliche Beschlüsse“, Zuschrift von Ursula Pforte (Forum, 7. Oktober):

Erneut steht Frau Ametovic mit ihren sechs Kindern vor der Abschiebung – und das mitten im Winter. Zum zweiten Mal wird den Kindern die Chance auf Förderung, auf Bildung und Gesundheit genommen. Mir fehlt für diese Entscheidung jedes Verständnis. Wenn aufgrund unserer Gesetze solche Entscheidungen möglich sind, dann müssen diese Gesetze geändert werden, oder es müssen Ausnahmeregelungen zugelassen werden. Was dieser Familie, insbesondere den Kindern, angetan wird, ist zutiefst inhuman.

Das geschieht in einem Staat, der auf seine sozialen Errungenschaften stolz ist – in dessen Grundgesetz der Satz steht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Ich erinnere an den Satz, der von Jesus überliefert ist: „Was ihr dem Geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“ Pia Joost, Bad Krozingen

WAHLVOLK

Ein neues Volk wäre gut

Zu: „Sollte die Regierung ein neues Volk wählen?“, Zuschrift von Heinz Hege (Forum, 2. Oktober):

Ein neues Volk wäre gut für die etablierten Parteien. Ein Volk, welches nicht aus Unzufriedenheit die Linken wählt, weil die Rentner mit der auf Euro gekürzten Rente DM-Preise in Euro bezahlen müssen. Eine AfD, durch die nicht stattgefundenen Innenpolitik kreiert wird wegen einer undurchsichtigen, richtungslosen Migrationspolitik und diese auch noch zur drittstärksten Partei im Bundestag macht. Ein Volk, welches klaglos die Steuerverwendungen, welche der Bund der Steuerzahler jährlich anprangert, hin- und hin- und sich nicht mal wundert, dass die Verursacher straflos bleiben. Sich auch nicht wundert über einen aufgeblähten, arbeitsunfähigen neuen Bundestag, obwohl Herr Lammert bereits 2013 erfolglos eine Reform des Wahlrechts anmahnte. Irmengard und Dr. Rolf Lützelberger, Rheinfelden